

rungsschichten, deren Eltern nur unzureichende Erfahrungen über die Möglichkeiten des Bildungssystems machen konnten.

3. Die Schüler können die verbesserte Durchlässigkeit zwischen den Schulformen und die Vorteile der Individualisierung des Unterrichts durch ein Angebot von Kursen nur nutzen, wenn sie richtig und vollständig informiert werden.

Darum muß die Bildungsberatung in Zukunft stärker als bisher Fachkräften übertragen werden, die über die entsprechende pädagogische und psychologische Vorbildung verfügen und an einzelnen Schulen oder in kommunalen Bildungsberatungsstellen tätig sind. Die SPD-Fraktion begrüßt daher die Initiative einzelner Gemeinden zur Einrichtung derartiger Beratungsstellen oder eines schulpсихologischen Dienstes. Die Gemeinden als Schulträger können diese Aufgabe aber auf Dauer nur wahrnehmen, wenn diese Kosten als Personalkosten im Sinne des Schulfinanzgesetzes gelten.

F.D.P.: Aufgabe der Gemeinden

Für die F.D.P.-Fraktion erklärt der Abgeordnete Wolfgang Heinz:

Bereits in den Stuttgarter Leitlinien hat die F.D.P. zum Ausdruck gebracht, daß ein wichtiger Grundpfeiler eines offenen Bildungssystems auch die umfassende Bildungsberatung ist. Bildungsberatung muß bereits bei der Elementar-erziehung einsetzen, den einzelnen Schüler in seiner schulischen Laufbahn begleiten und eng bei den zur Hochschulreife führenden Schulen mit den Studienberatungsstellen zusammenarbeiten.

Den sogenannten schulpсихologischen Dienst darf man also nicht allein als Eignungs- und Leistungstest verstehen, vielmehr gehören Erziehungsberatung, Berufsberatung und Schullaufbahnberatung dazu. Diese Dienste kann man nicht einfach von der Funktion des Lehrenden trennen, eine Kombination zwischen Lehrer und Laufbahnberater – der Beratungslehrer – ist notwendig.

Schulpсихologische Dienste und Schulpsychologen wurden vielfach von Gemeinden allein aus Gründen des Prestiges und des Nachweises der Offenheit für moderne Entwicklungen geschaffen, ohne tatsächlich eine effektive und ausreichende Beratung der einzelnen Schüler sicherzustellen. Aus diesen Fehlentwicklungen in manchen Gemeinden kann aber nicht abgeleitet werden, daß diese Aufgabe auf das Land übergehen solle. Den häufigen Klagen über einen angeblichen recht engen Rahmen der kommunalen Schulpolitik und Schulhoheit sollte man Rechnung tragen: Die Ausgestaltung und Finanzierung von Bildungsberatungsstellen oder schulpсихologischen Diensten bleibt der Eigeninitiative der Gemeinden überlassen.

Wenn in den Schulen die Beratung von dazu vorgebildeten Lehrern erfolgt, könnte das Land die finanziellen Aufwendungen tragen. Sollte aber die Beratung an zentraler Stelle in den Gemeinden für alle in der Gemeinde befindlichen Schulen und nicht durch Lehrer erfolgen, müßten die Kosten vom Träger der Schule übernommen werden.

Porträt der Woche

Bei der Hausmusik spielte er die erste Geige, bevor ihn die Politik ganz in ihren Bann zog. In der Politik sich durchzusetzen, war schwieriger und zeitraubender. Der 58jährige Justizbeamte aus Bottrop hat es dennoch geschafft. Er ist Mitglied des Landtagspräsidiums, war bis zu dessen Auflösung Vorsitzender des Landtagsausschusses für Vertriebene und Flüchtlinge, ist Vorsitzender des Landesbeirates für Vertriebene und Flüchtlinge beim Arbeits- und Sozialministerium des Landes NRW, stellvertretender Bundes- und Landesvorsitzender des „Bundes vertriebener Deutscher“ und Vorsitzender des „Deutschen Ferien- und Bildungswerkes“.

Der Bottroper, als Sohn schlesischer Eltern in Duisburg geboren, aber in Freiburg in der Nähe von Schweidnitz aufgewachsen, versteht sich als Schlesier, zumal auch seine Frau, eine Schlesierin, aus dem Paul-Keller-Dorf Arnsdorf stammt. Scholz kam über das Vertriebenenschicksal und seine Arbeit für vertriebene Landsleute in die Politik. Ein nach Verwundung und Krankheit aus russischer Gefangenschaft Entlassener und Gezeichneter fand zwar in Bayern seine Familie wieder, aber für einen „preußischen Rechtspfleger“ gab es damals im blau-weißen Freistaat keine Berufschance. So zog er ins Revier, wurde in Bottrop als Rechtspfleger – eine Berufsqualifikation, die er sich im Oberlandesgerichtsbezirk Breslau noch vor dem Zweiten Weltkrieg erworben und bereits beim Landgericht Schweidnitz ausgeübt hatte – wiederingestellt und trat bald der CDU bei. Sich einer eigenen Vertriebenenpartei anzuschließen, wäre nach seinem Selbstverständnis eine falsche Entscheidung gewesen, da Vertriebenen zwar ein Schicksal, aber keine Weltanschauung sein kann.

Seit 1956 Ratsherr in Bottrop, seit 17 Jahren Vorsitzender des städtischen Wohnungsausschusses und anderer Gremien, blieb er der Kommunalpolitik auch weiterverbunden, als er 1963 in den Landtag einzog. Die Aufgaben wuchsen, aber das eigentliche Anliegen, vor allem denjenigen unter den Vertriebenen, Flüchtlingen und Spätaussiedlern zu helfen, die es aus eigener Kraft nicht schaffen, blieb.



Paul Scholz (CDU)
Mitglied des Landtagspräsidiums

Fragt man Paul Scholz nach einer Zwischenbilanz seiner öffentlichen Tätigkeit, dann weist er bescheiden darauf hin, daß er fast täglich in der Lage sei, irgendwelchen in Not oder Bedrängnis geratenen Menschen zu helfen. Vor fünf Jahren wurde er dafür mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet. Als Anerkennung empfindet er auch die in der letzten Landtagssitzung erfolgte dritte Wahl in die Bundesversammlung, von der der nächste Bundespräsident gewählt wird. Als Presbyter an der Gnadenkirche in Bottrop und Mitglied der Kreissynode entzieht sich der Politiker auch nicht den Verpflichtungen im kirchlichen Raum.

Fast unnötig zu erwähnen, daß der aktive Politiker auch in seiner Partei Aufgaben auf den verschiedensten Ebenen ausfüllt. Doch der Mensch ist nur im Rückspiegel aus all seinen Betätigungen erkennbar. Eigentlich wollte Paul Scholz Tierarzt werden. Wie vielen seiner Generation haben die besonderen Verhältnisse vor, in und nach dem Krieg einen Strich durch die Erfüllung beruflicher Wünsche gemacht. Tierzucht und Jagd zu seinen Hobbys zu machen, daran vermochte ihn allerdings niemand zu hindern! Jägerei und Tierliebe sind nur vordergründig Gegensätze, denn Jagdleidenschaft schließt auch die Hege der Tiere ein. Vor allem für einen Mann, der sich im politischen Streß, ab und zu der Menschen müde geworden, für Stunden zu „seinen Tieren“, und das sind für ihn vor allem Haflinger-Pferde, flüchtet, um sich dann ausgeglichen und mit neuem Mut wieder den Anforderungen der Politik zu stellen. Karl Fischer